



Euro-Kurzinformation *58. Ausgabe*

im August 2017

☞ **Europa-Politische Beschlüsse vom Bundesparteitag in Berlin - Teil II**

Nach kurzer Erläuterung der Beschlüsse zu Europa in der vergangenen Ausgabe (Reformen für eine bessere EU, Europa der verschiedenen Geschwindigkeiten, Europäische Armee, Beitrittsverhandlungen mit der Türkei und Euro-Stabilität) hier noch zwei aktuelle Themenbereiche: die Beschlüsse zum Einwanderungsrecht und zur Energiepolitik.

Vernünftiges Einwanderungsrecht (S. 32 f.)

Wir Freie Demokraten wollen ein geordnetes Einwanderungsrecht schaffen, das nach Möglichkeit in einem Einwanderungsgesetzbuch zusammengefasst wird. Dabei muss zwischen individuell politisch Verfolgten, Kriegsflüchtlingsen und dauerhaften Einwanderern klar unterschieden werden.

Das Grundrecht auf Asyl für individuell politisch Verfolgte ist für uns unantastbar. Für Kriegsflüchtlinge wollen wir einen eigenen Status schaffen, einen vorübergehenden humanitären Schutz, der auf die Dauer des Krieges begrenzt ist. Nach Identitätsfeststellung soll dieser Status unkompliziert verliehen und damit das Asylsystem massiv entlastet werden. Kriegsflüchtlinge sollen dabei nach Beendigung des Krieges in der Regel in ihre Heimatländer zurückkehren.

Dauerhafte Einwanderer wollen wir uns wie jedes andere Einwanderungsland selbst aussuchen. Deutschland ist auf die Einwanderung von qualifizierten und fleißigen Menschen angewiesen, wenn wir unseren Wohlstand auch zukünftig erhalten wollen. Dazu wollen wir die Blue Card reformieren, sodass Arbeitskräfte, die aufgrund eines mit einem in Deutschland ansässigen Arbeitgeber abgeschlossenen Arbeitsvertrags ihren Lebensunterhalt dauerhaft bestreiten können, zu uns kommen können. Dabei ist auch Flüchtlingen, die sich entsprechend integriert haben, ein Rechtskreiswechsel und damit eine Einwanderungschance zu ermöglichen. Natürlich nur ,wenn sie dieselben Kriterien erfüllen wie Fachkräfte aus dem Ausland. Zu einem geordneten Einwanderungsrecht gehören aber auch funktionierende Rückführungsregelungen. Wer kein Bleiberecht hat, muss konsequent abgeschoben werden Dies muss bundeseinheitlich sichergestellt werden.

Vollendung des europäischen Energiebinnenmarktes (S. 73)

Wir Freie Demokraten wollen die Energiewende zu einem gesamteuropäischen Projekt machen, in dessen Zentrum die Ziele Wirtschaftlichkeit, Versorgungssicherheit und Umweltschutz stehen. Dazu müssen die Liberalisierung des Energiebinnenmarktes abgeschlossen werden und der transeuropäische Netzausbau gestärkt werden. Strom soll dort produziert werden, wo die Standortbedingungen die geringsten Kosten erlauben. Der EU-Emissionshandel als marktwirtschaftliches Steuerungsinstrument zur kosteneffizienten Vermeidung von Emissionen muss gestärkt aus der bevorstehenden Reform hervorgehen und auf weitere Sektoren (zum Beispiel Wohnen und Verkehr) ausgedehnt werden.

Kommentar: Wir brauchen ein stabiles, funktionsfähiges und effizientes Europa!

☞ **Nach dem Brexit: Kommt die EBA nach Frankfurt?**

Im Zuge des Austritts Großbritanniens aus der EU müssen 2 Agenturen umgesiedelt werden: Die Europäische Arzneimittel-Agentur (EMA) und die Europäische Bankenaufsichtsbehörde (EBA). Über die künftigen Standorte müssen die 27 Mitgliedstaaten einvernehmlich beschließen. Bis zum 31. Juli konnten Angebote eingereicht werden. Um den Sitz der EMA haben sich 19 Städte beworben, darunter aus Deutschland Bonn. Um den Sitz der EBA haben sich Frankfurt, Brüssel, Dublin, Paris, Prag, Luxemburg, Wien und Warschau beworben. Die EBA soll eine wirksame und einheitliche Regulierung und Beaufsichtigung des gesamten europäischen Bankensektors gewährleisten. Sie hat unter anderem die Aufgabe, die Risiken und Schwachstellen im EU-Bankensektor durch regelmäßige Berichte über Risiken und unionsweite Stresstests zu bewerten. Bewertet wird anhand von 6 Kriterien:

- Garantien dafür, dass die Agentur betriebsbereit ist, wenn GB die EU verlässt,
- Erreichbarkeit des Ortes,
- Schulen für die Kinder des Personals,
- Zugang zum Arbeitsmarkt und zur Gesundheitsversorgung für die Familien,
- Geschäftsfortführung im Krisenfall und
- geografische Verteilung.

Der Beschluss wird im November von den 27 Ministern nach einer Abstimmung gefasst, wobei die Abstimmung geheim ist und alle 27 Mitgliedstaaten über die gleiche Anzahl von Stimmen verfügen.

Kommentar: Frankfurt hat gute Chancen, in die Schulen muss aber noch investiert werden.

☞ **Reichweitenangst bei Elektroautos? EU greift ein!**

Das Mobilitätsprojekt „Central European Green Corridors“ (CEGC) möchte es Nutzern von Elektrofahrzeugen ermöglichen, ihre Autos überall in Mitteleuropa zu laden. Am Projekt teilnehmende EU-Mitgliedstaaten sind Deutschland, Kroatien, Österreich, Slowakei und Slowenien. Bisher wurden im Rahmen des Projekts 115 Schnellladestationen für E-Autos errichtet, 60 in Österreich, 26 in Slowenien, 21 in der Slowakei, 5 in Deutschland und 3 in Kroatien. Das Gesamtbudget des von dem österreichischen Stromunternehmen Verbund AG koordinierten Projekts beträgt 7,1 Mio. Euro, der Anteil der EU-Finanzierung mit rund 3,6 Mio. Euro die Hälfte. Ermöglicht wurden die Ladestationen im Rahmen der Transeuropäischen Netze (TEN). Mit TEN will die EU die Mitgliedstaaten besser vernetzen und Verkehrssysteme vereinheitlichen.

Kommentar: Es werden noch viel mehr Ladestationen gebraucht!

☞ **Bildung, das Tophema – auch in Schweden**

In Schweden bieten zahlreiche Kommunen leistungsschwachen Schülern Geld, wenn sie in den Ferien zum Nachhilfeunterricht gehen. So zahlt etwa die Kommune Överkalix jedem der 16- bis 17-jährigen teilnehmenden Schüler pro Lernstunde umgerechnet 7,40 Euro.

Kommentar: Besser wäre es, den Jugendlichen klar zu machen, dass schließlich das erworbene Wissen selbst einen Vorteil für sie darstellt.